

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/136

Bonn, den 25. Juli 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	Ein Erfolg Georg Lebers	52

EWG-Verkehrspolitik zeigt endlich Fortschritte

Von Dr. Hans Apel, MdB,
Mitglied des Europäischen Parlaments

2	<u>Nachrichtennebel</u>	24
---	-------------------------	----

Wie die Einwohner Mitteleuropas über die
Vorgänge in der CSSR "unterrichtet" werden

3	<u>Handbuch der praktischen Politik</u>	38
---	---	----

Bemerkungen zu einem "Haushaltslexikon" von Dr. Hans Muthling
Von Fritz Sönger, MdB

4	<u>Die ungarische Minderheit in der CSSR</u>	47
---	--	----

Sie stellt Prag vor eine Bewährungsprobe
Von Igor Valentin, Prag

SELBSTERSTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Gewaltverzicht und Oder-Neiße-Linie
Steigende Auflage der Prager Volkszeitung
Evangelischer Kirchentag in Görlitz
Alfred Schneider -
Johannes Neumann: Ostkunde als politische Bildung

* * *

*

Ein Erfolg Georg Lebers

EWG-Verkehrspolitik zeigt endlich Fortschritte

Von Dr. Hans Apel, MdB,
Mitglied des Europäischen Parlaments

Fünf Jahre ernsthaften Bemühens um die EWG-Verkehrspolitik ohne bemerkenswerte Fortschritte und dann am 19. Juli 1968 frühmorgens eine weitreichende Einigung über die Grundrouten einer gemeinsamen Verkehrspolitik. Die Auguren mögen meinen, es hätte sich wieder einmal die bewährte Methode des Ministerrats-Marathons durchgesetzt, das vor das zu Bett gehen den Zwang zur Einigung setzt und damit alle Beteiligten kompromißbereiter macht.

Das ist falsch. Wenn sich nicht wesentliche Ausgangspunkte geändert hätten, dann wären auch dieses Mal die EWG-Verkehrsminister nach einigen Stunden unverbindlichen Plaudern auseinandergegangen, ohne eine Entscheidung zu treffen. Die Notwendigkeiten der EWG-Zellunion, von einer gemeinsamen Verkehrspolitik begleitet zu sein, beeindrucken auch niemanden so sehr, daß er unbedingt nach Kompromissen sucht. Das beweisen uns die stockenden Verhandlungen in anderen Bereichen, der EWG-Handelspolitik, der sozialen Harmonisierung, der Wohnungspolitik.

Neu für unsere Partner in der EWG war dagegen, daß in der Bundesrepublik zum ersten Mal ein Bundesverkehrsminister ernsthaft und mit Nachdruck an die Lösung der drängenden Probleme herangeht. Das Verhältnis Schiene-Straße, die Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Verkehrsträgern und im grenzüberschreitenden Verkehr, das Problem der Wegekosten und andere Fragen wurden endlich aus dem Halbdunkel akademischer Diskussionen hervorgeholt und in einem verkehrspolitischen Programm **p o l i t i s c h** angepackt.

Die Proteste bei unseren Nachbarn waren beachtlich. Sie beeinflussten selbst die Stellungnahme der EWG-Kommission zum Leberplan. Sie konnten aber nicht überdecken, daß nun deutlich wurde, daß das unfaire "Catch as Catch can", das rücksichtslose Absaugen von Fracht zugunsten der Rheinmündungshäfen zu Ende sein würde. Zum ersten Mal wurde in der Bundesrepublik ein starker **p o l i t i s c h e r** Wille deutlich, der unsere Partner zum Überdenken ihrer bisherigen Posi-

tionen zwang.

So kam es am 13. Dezember 1967 zu einer bemerkenswerten Absichtserklärung des Ministerrates, nun endlich auf dem Weg zur gemeinsamen Verkehrspolitik vorankommen zu wollen. Das war kurz nach der Vorlage des Leberplans. Am 19.7.1968 wurde dann ein großer Schritt vorangetan, nachdem unsere Partner erkannt hatten, daß der Kompromiß der Bonner Koalitionsparteien dem Leberplan "grünes Licht" gegeben hatte.

Das Brüsseler Ergebnis ist gut. Es gibt den Weg frei für eine Kapazitätsregelung auf dem Rhein und räumt wesentliche Argumente dagegen mit Hilfe der Rheinschiffsakte aus. Es baut wesentliche Wettbewerbsverzerrungen zulasten der deutschen Seehäfen ab. Es bringt einen Schritt voran auf dem Wege zur sozialen Harmonisierung und schafft erste Ansätze für eine gemeinsame Tarifordnung. Es ist ein Kompromiß, der sich sehen lassen kann.

Lebers Methode hat sich bewährt. Freundliches Geschwätz bringt Europa nicht weiter. Die zu lösenden Probleme müssen deutlich angesprochen werden. Eindeutig muß die eigene Position vertreten werden, allerdings in der Absicht, auf jeden Fall zu tragfähigen EWG-Lösungen zu kommen. Deutliches Selbstbewußtsein unserer Vertreter in den EWG-Gremien, das hat Georg Leber bewiesen, kann auch der Integration nur nützen, während angeblich pflichtschuldigcs Ja-sagen zu den Vorstellungen und Handlungen unserer Partner weder uns noch der Einigung Europas dienlich sein müssen.

+ + +

Nachrichtenebel

Wie die Einwohner Mitteldeutschlands über die Vorgänge in der CSSR "unterrichtet" werden

sp - Ein Blick auf die Schlagzeilen der DDR-Presse in diesen Tagen, wirft ein bezeichnendes Licht auf den SED-Journalismus. Da liest man zum Beispiel im Zentralorgan der SED, NEUES DEUTSCHLAND, man stehe "fest an der Seite unserer Genossen und Brüder in der CSSR." Damit soll den Leser suggeriert werden, die SED-Führung sei mit der Prager KP-Führung einig. Bei Studium anderer Blätter und zum Teil auch des ND wird jedoch klar, wie unheimlich der politischen Führung in Ostberlin die Vorgänge in der CSSR sind. Vor dem einstimmig gefaßten Beschluß des Prager Zentralkomitees, durch den das Antwortschreiben der tschechoslowakischen KP gebilligt wurde, flüßte man den Lesern der SED-Presse die Hoffnung ein, die "richtigen" Kommunisten - sprich Stalinisten - würden sich gegenüber Dubcek und seinen Freunden durchsetzen. Im Übrigen veröffentlichte man in der SED-Presse seitenlang "Solidaritätserklärungen" mitteldeutscher Arbeiter und SED-Funktionäre, in denen die tschechoslowakischen Kommunisten vor den "imperialistischen und militaristischen Interventionen des westlichen Kapitalismus" gewarnt werden. Den zögernden Abzug der sowjetischen Truppen nennt man "eine kluge Vorsichtsmaßnahme unserer sowjetischen Verbündeten gegenüber der Interventionsabsichten westlicher Faschisten". - Wenn ein DDR-Bürger nicht gelegentlich eine Rundfunksendung aus dem Westen, der Tschechoslowakei, Rumänien oder Jugoslawien hören kann, ist es ihm unmöglich, das Geschehen in der CSSR auch nur einigermaßen richtig einzuschätzen.

+ + +

Handbuch der praktischen Politik *

Bemerkungen zu einem "Haushaltslexikon" von Dr. Hans Mütthling

Von Fritz Sänger, MdB

Politik ist der Umgang mit Tatsachen, und der griechische Ursprung des Wortes weist hin auf die Behandlung der nächsten, der unliegenden Angelegenheiten der Menschen, die miteinander leben und deren Beziehungen zueinander geordnet werden müssen. Keine Tatsache aber ist dringender und eindeutiger als die Zahl. Leicht beieinander wohnen die Gedanken - aber hart im Raure stoßen sich die Zahlen im Haushaltsplan. Wer in der "großen" Politik im Lande und im Bund noch mit "Konzeptionen" oder gar mit Phrasen auskommt - hier im Haushalt und im Haushalt der Gemeinde besonders ist das Einmaleins ein wichtiger, der entscheidende Faktor der politischen Arbeit. Von der Gemeinde geht die Demokratie aus, dort beginnt die Erfahrung und das Lernen dessen, was dann helfen kann, demokratische Wirklichkeit auch in der großen Gemeinschaft des Landes und der Bundesrepublik entstehen zu lassen.

Wie viele haben den guten Willen, in der Gemeinde ihr Bestes zu tun, aber es mangelt an Wissen, wie es denn getan werden könne. Immer wieder stoßen sie auf das Geld, auf den Haushalt, auf das Wie.

Das nun in der neunten Auflage erschienene Lexikon für den Haushalt in der Gemeinde, das von einem der erfahrendsten und erfolgreichsten Sachverständigen auf diesem Gebiet, dem früheren Stadtkämmerer von Hannover, Oberbürgermeister von Kiel und jetzt Mitglied des Finanzausschusses des Bundestages, Dr. Hans Mutthling, herausgegeben wird, ist ein bewährter Helfer in der notwendigen Arbeit, die von vielen Frauen und Männern in den kleinen und großen Gemeinden geleistet wird, die Sorgfalt und Treue, Genauigkeit und Phantasie zur Erfüllung zahlreicher begründeter Wünsche der Bürger verlangt.

Mutthling hat "ein ganz neues Buch" mit dieser neunten Auflage herausgebracht. Komplizierte Sachverhalte sind darzustellen. Man muß versteht, was es mit dem Stabilitätsgesetz, mit der "Milchfi", der mittelfristigen Finanzplanung, mit der "antizyklischen Etatpolitik" und mit den so oft genannten Gemeinschaftsaufgaben auf sich hat und wie das alles, was in den letzten Jahren neu in die Praxis der Finanzpolitik und der Haushaltsgestaltung einbezogen werden mußte, sich auf die Gemeinden und auf die Arbeit der Gemeindevertreter auswirkt. Unter den zahlreichen Stichworten des Buches kann man es nachlesen. Kaum zu denken, daß die vielen Tausend, die in den Gemeinden in Kreistagen und kommunalen Verbänden tätig sind, nicht zu diesem Buche greifen werden.

+ + +

* Dr. Hans Mutthling: "Haushaltslexikon des Gemeindevertreters"; Verlag Die Demokratische Gemeinde, Bad-Godesberg, 1968; 349 Seiten, DM 9,80.

Die ungarische Minderheit in der CSSR

Sie stellt Prag vor eine Bewährungsprobe

Von Igor Valentin, Prag

Die Slowakei, die sich auf dem Wege zu einer neuen Föderation der Länder Böhmen, Mähren-Schlesien und Slowakei in eine wirklichen Tschecho-Slowakei befindet, trägt an einem bitteren Vermächtnis, das ihr das stalinistische zentrale Regime in Prag hinterlassen hat. Es ist das Problem der ungarischen Minderheit in der Süslowakei, den Grenzgebieten gegen Ungarn. Bitter ist dieses Vermächtnis deshalb, weil in diesen Gebieten die früher von Prag angewandte "Vertreibung der Ungarn" in den ersten Nachkriegsjahren unvergessen ist.

Die Beantwortung der Frage, wieviele Ungarn es in der heutigen CSSR tatsächlich noch gibt, ist schwer zu beantworten. Sind es rund 300.000? Sind es mehr? Auf ungarischer Seite werden die "ständig ungarisch sprechenden Bürger" zur Minderheit gerechnet, nach slowakischer Ansicht gibt es außerhalb der südslowakischen Gebiete in der Slowakei "keine Ungarn mehr". Jedenfalls besitzen die Ungarn in der Südslowakei ungarische Grund- und Mittelschulen sowie ungarische Zeitungen und verfügen über eine ungarische Kulturorganisation unter der Bezeichnung CSEMADOK und ein ungarisches Theaterensemble. Das Verlangen der Ungarn nach Fach- und Hochschulen wird von den Slowaken in gleicher Weise wie von den im Lande tätigen Tschechen als unreal bezeichnet; dafür seien weder die finanziellen Mittel, noch die Lehrkräfte vorhanden, ganz abgesehen davon, daß für die Absolventen dieser Fach- und Hochschulen in der CSSR keine Arbeitsplätze im ungarischen Bereich vorhanden wären. In der Slowakei studieren und dann nach Ungarn gehen - man kann es den Slowaken nicht verdenken, daß sie sich diesen "kulturellen Luxus" nicht leisten wollen.

Aus den ländlichen Gebieten wird berichtet, daß sich die dortigen guten Beziehungen zwischen Ungarn und Slowaken nicht geändert haben. Man verträgt sich und lebt wie bisher miteinander, recht und schlecht. Schwierigkeiten ernsterer Natur gibt es in den größeren Orten und in den gemischtsprachigen Städtchen und Städten mit den Intelligenzschichten beider Nationen. Es hat sich so etwas wie ein Schulkampf entwickelt und auf slowakischer Seite hat man sich auf die alte nationale Organisation der slowakischen "Mutter-Klubs" besonnen, einer Einrichtung aus der "slowakische Kampfzeit", als die Ungarn noch (bis zur Gründung der Tschechoslowakei) im Lande herrschten. Die einen werfen den anderen "Unterdrückung" vor. In den Geschäften verstoßen die ungarischen Verkäuferinnen mancherorts plötzlich kein Slowakisch mehr, die slowakischen Verkäuferinnen hören schlecht, wenn jemand ungarisch spricht...

Das sind vorläufig alles noch Randerscheinungen, die am Kern der Sache vorbeigehen. Maßgebender und für die weitere Entwicklung wichtiger scheint da die Ansicht des Vorsitzenden von CSEMADOK, Julius Lörcincz, zu sein, der nach seinen Worten nicht unbedingt eine nationale Autonomie anstrebt, aber für die Zukunft verhindert haben möchte, daß über die Ungarn in der Slowakei unqualifiziert und subjektiv entschieden wird.